

Gemeinsam gegen den Hauptfeind

„Schwarzer Peter“ und Studentenförderung

Blick in eine öffentliche Versammlung der Hamburger Universität

Der „Schwarze Peter“, als Kinderspiel allbekannt, wird in der Bundesrepublik seit geraumer Zeit neben Hasard und „Räuber und Gendarm“ in der Politik kultiviert. Zwischen Bundesregierung, Bundestag, Landesparlamenten und anderen staatlichen und politischen Einrichtungen wird die Verantwortung für heikle Fragen von einer Institution der anderen zugeschoben, wobei immer die jeweils letzte versucht, den „Schwarzen Peter“ so schnell wie möglich loszuwerden.

Unter dem Thema „Studentenförderung in der BRD — ein schwarzer Peter?“ fand am 20. Mai dieses Jahres im Hauptgebäude der Hamburger Universität eine öffentliche Versammlung statt. Als Veranstalter zeichnete der Sozialistische Deutsche Studentenbund

den die Identifizierung des Stipendiums mit der Rente, gegen die Auffassung also, eine Stipendienförderung züchte unter den Studenten Rentnergeist. Er sprach den Vertretern einer derartigen

Von Dozent R. Janisch

Ansicht die Fähigkeiten für historisches und kategoriales Denken ab, nannte ihr Gerede und Geschreibe „entwürdigend“ und „beschämend“.

Die Zeitschrift „Der Spiegel“ hatte zum Beispiel am 22. Mai 1957 die Zeitschrift eines Franz Regnery veröffentlicht, in der es hieß:

Bundesregierung von den 30 Millionen D-Mark bereitgestellte Mittel 10 Millionen als Darlehen ausgewiesen seien; für Stipendien bleiben also klagliche 20 Millionen bei 184 000 Hoch- und Fachschulstudenten der Bundesrepublik (die zu etwa 75 Prozent einer Förderung bedürfen). Teilt man die Stipendienmittel des Bundes auf die rund 140 000 bedürftigen Studenten auf, so bleiben je Kopf und Monat ganze 13 D-Mark. Man ziehe den Hut vor der „abendländischen Kultur“ der Adenauer-Regierung und jener Bundestagsabgeordneten, die eine höhere Summe ablehnten. Gewiß gibt es noch Studienstiftungen, gibt es einige Mittel der Länder, aber wenn man weiß, daß nur 17 Prozent der Studenten durch öffentliche Mittel gefördert werden,

aber schlecht geendet. Er blieb am Schluß seiner Rede eine erhebliche Strecke hinter den energischen Worten und erst recht hinter den Taten einzelner Hoch- und Ingenieurschulen zurück, die bereits gestreikt hatten oder zum Streik bereit waren: 130 000 Ingenieurstudenten streikten Anfang April dieses Jahres in Hannover, Hamburg, Regensburg, Mannheim, Frankfurt am Main, West-Berlin und anderen Städten. Der „Verband Deutscher Studentenschaften“ (VDS; Dachorganisation der namhaften Studentenvereinigungen) hatte schon im Februar 1957 zu Protestdemonstrationen und Vorlesungstreiks aufgerufen, falls nicht noch im Haushaltsjahr 1957/58 120 Millionen D-Mark aus Bundesmitteln für Studentenförderung zur Verfügung gestellt werden.

Warum, Herr Landahl, raten Sie nicht den Studenten, Ernst zu machen, wenn Bundestagsabgeordnete, Minister und Regierung ihre nur allzu berechtigten Forderungen abweisen? Sie sehen die Not westdeutscher Kommilitonen, sind sicher überzeugt von der Notwendigkeit, hier unverzüglich Abhilfe zu schaffen — und reden einer Tropf-Stein-Politik das Wort, geben sich zufrieden, wenn der nächste Tropfen schneller gelöst wird. Sie nannten Zahlen, wonach für ein wirklich sorgenfreies Studium aller westdeutschen Studenten (einschließlich der Mittel für soziale Studenteneinrichtungen)

im Jahre 1957	275 Millionen D-Mark
im Jahre 1959	300 Millionen D-Mark
im Jahre 1960	500 Millionen D-Mark

nötig wären. Und Sie wissen, daß trotz Studentenunruhen an einzelnen Hochschulen und ernster Klagen westdeutscher Hochschulrektoren aus dem „dicken Julisturm“ des Finanzministers Schäfer, der das Steueräquivalent der von den Werkstätigen erarbeiteten Werte birgt, nur 20 Millionen D-Mark für Stipendien, aber für die Aufrüstung 9000 Millionen zur Verfügung gestellt wurden; Sie wissen noch viel mehr und raten trotz allem zu einem Schritt-für-Schritt-Versuch. Der „hartnäckige Kampf“ ist pulverisiert und hätte die Wirkung eines fragwürdigen Wundpuders.

Eine Klassenfrage

Um wirklich das Ziel zu erreichen, bedarf es vor allem wirklich kritischer Sicht und entschlossener Handlung.

Die Überlegenheit des Sozial- und Bildungswesens der DDR ist den westdeutschen Wissenschaftlern und Studenten gewiß bekannt. Sie sollten sich aber nicht einfach mit dem Erkennen und Feststellen der Tatsache begnügen, sondern nach ihren Ursachen fragen.

Warum besteht denn diese Überlegenheit? Weil in der DDR nicht die monopolistische Großbourgeoisie, die Thyssen, Krupp, Mannesmann, Klöckner usw. bestimmen, sondern jene Klassen, die die Grundlage für das Leben des Volkes bilden, in erster Linie die Arbeiter und die werktätigen Bauern, ferner die Intelligenz und alle anderen schaffenswilligen gesellschaftlichen Kräfte, wobei die Arbeiterklasse die führende Rolle spielt, weil sie auf Grund ihrer Stellung in der Gesellschaft die fortschrittlichste Klasse ist. Das ist sehr lapidar und klingt manchmal schon monoton, aber es ist das entzauberte Ellixir unserer neuen Lebens- und Kulturordnung. Wenn in der DDR nicht die Arbeiter und die werktätigen Bauern entscheiden und bestimmen würden, ginge es unserer akademischen Jugend genauso wie den meisten Studenten „drüben“. Die Studentenförderung, die Brechung des Bildungsmonopols der Reichen, Herr Landahl, ist keine einfache Finanzfrage, sondern vielmehr eine Klassenfrage; der „hartnäckige Kampf“ um mehr Mittel für Studien- und Wissenschaftsförderung, zu dem Sie aufrufen, steht und fällt mit dem Klassenkampf!

Das „Schwarzer-Peter“-Spiel im Bundestag war nichts anderes als ein Manöver der Verantwortungslosen, die Verantwortung vorzuschieben wollen. Von einer Regierung und einer Parlamentariermehrheit, die das Volk derart düpiert, die Westdeutschland ausländischen Monopolkapitalisten auf Geheiß und Verdrerb ausliefern und die Atomstrategen der NATO aktiv unterstützen, darf man nicht allein hinreichende Förderung der Wissenschaft und der Studenten verlangen — ihnen muß der prinzipielle Kampf angesagt werden.

Wir meinen, daß die Bundestagswahlen unseren westdeutschen Kommilitonen und Kollegen eine gute Gelegenheit bieten, den stoikreaktionären Regierungsparteien der Bundesrepublik die Quittung für ihre volksfeindliche Politik zu servieren.

Universitätszeitung, 6. 8. 1957, Seite 3



... so ist es noch lange nicht dasselbe. Wenn unsere Studenten in ihren Ferien freiwillig in sozialistischen Betrieben arbeiten, wie hier im Kombinat „Otto Grotewohl“ in Böhlen, so deshalb, um mit ihrer Arbeit, sei es beim Bau von Ersatzwohnungen oder beim Umbetten der Pleiße, ihrem Staat einen Teil ihres Dankes abzustatten für die großzügige Förderung, die er sie erfahren läßt. — Wenn aber die Hamburger Studentin froh ist, eine Stelle als Aushilfs-Bardame ergattern zu haben, so darum, weil ihr die Bundesrepublik nur die freie Wahl läßt, diesen Raubbau an der eigenen Kraft zu treiben oder auf das Studium zu verzichten.

Wenn zwei das gleiche tun...



Fotos: „Kollektiv“, Archiv; ZB

(SDS); es referierte der Kultursenator Hamburgs, Herr Landahl (SPD). Zwanzig Minuten nach 20 Uhr hatten sich von den 9000 Hamburger Universitätsstudenten und aus der größten Stadt Westdeutschlands etwa 40 Personen eingefunden, und Punkt 22 Uhr erschien der Pedell, um das Ende der genehmigten zwei Stunden Hörsaalbenutzung anzuzeigen; das ließ der Diskussion nur kärglichen Raum und gestattete mir nicht, das Wort zu ergreifen.

Das Thema — ausreichende Stipendien für die bedürftigen Studenten und Studienförderung für die Jugend aus der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten — stand unter dem Aspekt der Verabschiedung des Bundeshaushaltsplans durch den Bundestag.

„Schallende Reden und trauriges Fazit“

Der Versammlungsleiter, ein SDS-Funktionär, stellte einleitend fest, es klinge wie eine Fabel, sei jedoch immer noch Tatsache, daß für drei Studenten die Tagesration in einem Kanten Brot und einer Büchse Oelsardinen bestehe und daß ein Kommilitone am 27. Mai nicht zur Vorlesung erschienen sei, weil er das seinem Mitstudenten versprochene Brot nicht aufgetrieben hatte.

Senator Landahl, ein intensiver Anwalt westdeutscher Studentennot, traf ein übriges Mal die Feststellung, Wissenschaft und Studenten seien vom „Wirtschaftswunder“ ausgeklammert. Die Diskussionen in der Haushaltsdebatte des Bundestages um die Studienförderung seien nichts als „schallende Reden“ mit „traurigem Fazit“.

Diese Reden, bemerkte Landahl, hielten Abgeordnete, die anderen Orts und zu anderer Zeit der SPD das Schlagwort von der Sozialisierung des Geistes“ entgegenhalten, womit sie meinen, daß eine allgemeine Studienförderung den Geist der Akademiker „sozialisierend“ gleichschalte und einer „freiheitlichen Fundierung“ im Wesen widerspreche.

Entschieden wandte sich Landahl ge-

„Wie sollen aus den Studenten jemals verantwortungsvolle Wissenschaftler werden, wenn die Jugend — zum Wohlfahrtssatz drängt... Es gab einmal Zeiten, da wären Studenten mit solch merkwürdigen Ansichten nicht an die Öffentlichkeit getreten.“

In die gleiche Kerbe haute stud. phil. Richard Weber (ebenfalls „Spiegel“ vom 22. Mai):

„Ich — selbst Student — betrachte die Forderung... jeden zweiten Studenten in den Genuß einer staatlichen Förderung kommen zu lassen, als unverantwortlich. Diese Förderung zu realisieren, würde bedeuten, die schleichende akademische Inflation, die nach dem Kriege in erschreckendem Maße um sich gegriffen hat, noch mehr voranzutreiben. Ein Zustand würde eintreten, in dem es einem Abiturienten verlockender erschien, sich nach seinem Abitur noch einige Jahre auf Kosten des Staates und der Steuerzahler auf einer Hochschule herumzutreiben — ganz gleich, ob seine geistigen und ethischen Qualifikationen ihn dazu ermuntern würden oder nicht. Anstatt sofort die seinen Fähigkeiten angemessene Berufslaufbahn einzuschlagen, nimmt er Zeit, ja seinen Kommilitonen den Platz, die Zeit, ja manchmal sogar die Moral weg.“

Wer solch einer demagogischen Attacke für das Bildungsprivileg fähig ist, braucht sich offensichtlich keine Sorgen um das Wohlbefinden seines Geldbeutels zu machen!

Darlehen indiskutabel

Energisch trat Landahl auch gegen die Vorschläge und die Praxis von Darlehenszahlungen auf, die in acht bis fünfzehn Jahren zurückzuerstatten sind. Das bedeutet für die Studenten nicht nur die Sorge, während des Studiums „darlehenswürdig“ zu bleiben, sondern auch eine außerordentliche, nicht zumutbare Belastung für ein oder anderthalb Jahrzehnt nach dem Studium, in jener Zeit, da die Gehälter der jungen Akademiker niedrig sind, der Beruf fundiert und eine Familie gegründet werden soll. Auf diese Weise werde nicht nur wie beim Werkstudentendasein für vier bis fünf Jahre Raubbau an Kraft, Gesundheit und Lebensmut getrieben, sondern für 15 bis 20 Jahre, also beinahe die Hälfte des Berufslebens, von der Abhängigkeit vom Gläubiger gar nicht zu reden!

Der Hamburger Kultursenator berichtete, daß im Haushaltsplan der

wobei nur 2,5 Prozent ein Vollstipendium erhalten, verändert sich das oben skizzierte Bild nur unwesentlich.

Das „Spiel“ der Verantwortungslosen

Dazu der „Schwarze Peter“. Schon bei der ersten Lesung des Bundeshaushaltsplans, führte Landahl aus, versuchen verschiedene Ministerien der Bonner Regierung, sich die Verantwortung für die Studentenförderung gegenseitig zuzuschleiben, bis in den folgenden Debatten der Abgeordnete Vogel erklärte, das sei Sache der Länder. Nun entspann sich ein „Streitgespräch“ zwischen CDU, BHE und FDP, ob die Studentenförderung Sache der Länder oder des Bundes sei. Dazwischen mischte sich wieder Innenminister Schröder mit der lakonischen Bemerkung, es gäbe nur sehr wenig förderungswürdige Begabte, die Universitäten seien mit Studenten überschwemmt, und sie, die Studenten, sollen beweisen, wie sie sich selbst helfen können. Konrad Adenauer, dem diese Erleuchtung angesichts des Wahlkampfes wohl zu riskant erschien, stöhnte demagogisch hinterdrein, es wären doch wohl 100 Millionen nötig. Doch das „Peterspiel“ am Petersberg war für diesmal schon beendet, die entscheidenden Forderungen Zehntausender westdeutscher Studenten nach mindestens 110 Millionen D-Mark waren genauso abgelehnt wie der SPD-Antrag auf Studenten- und Wissenschaftsförderung vom Jahre 1956...

Schwache Konsequenzen

Landahl schloß sein Referat mit dem Appell, „hartnäckig weiterzukämpfen“. Aus 30 Millionen D-Mark könnten bei neuen entschlossenen Vorstößen im nächsten Jahr 60 oder 100 werden; die 30 Millionen seien immerhin ein Lichtblick; schließlich habe man doch auch des Bundeskanzlers Meinung auf seiner Seite, „weitere Bundesgenossen“ in diesem Kampfe seien die Rektorenkonferenz und der Ausschuß der Ministerpräsidenten aller Länder. Herr Landahl hatte gut begonnen,

Dr. med. Inge Leetz

(Fortsetzung von Seite 2)

unter der Wahlparole auf: Verbot der Kernwaffenversuche. Viele englische Zeitungen sind auf Grund der Wahlergebnisse der Ansicht, falls in nächster Zeit in England neue Wahlen stattfinden, müßten die Konservativen mit großen Verlusten rechnen, während die Labour-Partei einen Zuwachs von 100 Mandaten erhoffen könnte.

In Österreich waren zunächst fest alle Kennen der politischen Verhältnisse der Überzeugung, daß es nur einen einzigen erfolgreichen Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten geben könne: das Prof. Dr. Denk, der Kandidat der katholischen österreichischen Volkspartei.

Prof. Dr. Denk aber erklärte in einem Interview, daß er für die Revision des Staatsvertrages und für die atomare Aufrüstung des österreichischen Bundeswesens eintreten werde. Dr. Schürf dagegen, der Kandidat der österreichischen Sozialdemokratie, versicherte:

„Wenn ich zum Bundespräsidenten gewählt werden sollte, werde ich mich mit allen Kräften bemühen, eine Bedrohung Österreichs zu verhindern. Ich werde mich an alle Staatsoberhäupter der Welt mit dem Appell wenden, ihre ganze moralische Kraft und Autorität dem Kampf gegen die menschenverachtende Atomwaffe zu widmen. Ich werde alles daran setzen, unserem Volk die Sicherheit vor jeder Bedrohung zu geben. Wir sind auch dann gefährdet, wenn in unserer Nachbarschaft Atombomben verwendet werden.“

Und die große Mehrheit der Oesterreicher wählte Dr. Schürf.

Es gibt gegenüber der Atombildung keine „Ohne-mich“-Ausrede. Der Kampf ist weltweit entbrannt. Die Völker haben begonnen, ihr unerbittliches Urteil über politische Hasardeure und Reaktionsäre zu sprechen.